

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 1/2025

21. Februar 2025



Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr ist schon wieder fast zwei Monate alt und die letzten Wochen haben bisher ganz im Zeichen des Wahlkampfes gestanden. In zwei Tagen wird eine neue Bundesregierung gewählt. Die Kandidatinnen und Kandidaten haben unsere politischen Kernanliegen vorgestellt und damit um die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger geworben. Der Winterwahlkampf war ganz sicher nicht immer ein Vergnügen. Trotzdem war es mir als Landesvorsitzender ein großes Anliegen, unsere Kandidatinnen und Kandidaten persönlich in ihren Wahlkreisen zu unterstützen. Sie haben alle tolle Arbeit geleistet und ich wünsche ihnen viel Erfolg.

Leider wurde das Thema Migration, entgegen früherer Verlautbarungen gerade von CDU und CSU, zum Hauptthema dieses Wahlkampfes hochstilisiert. Dabei ist das bei Weitem nicht unser größtes Problem. Mit einem völlig unnötigen Entschließungsantrag hat Friedrich Merz die Brandmauer zu den Rechtsextremen eingerissen und der AfD zu einem furchtbaren Triumph im Bundestag verholfen – und das genau am 80. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz. Das zeugt nicht nur von Geschichtsvergessenheit, sondern zeigt ganz deutlich, wie weit Friedrich Merz und der größte Teil seiner Partei bereit sind zu gehen. Nicht zuletzt diese Aktion und auch der darauf folgende Entwurf für ein so genanntes Zustrombegrenzungsgesetz, welches mehrheitlich im Bundestag abgelehnt wurde, haben den Wahlkampf auf ein Thema verengt. Tragischer Weise wird das denjenigen am meisten nützen, die unserer Demokratie und einem sozial gerechten Miteinander nichts Gutes wollen.

Dabei stehen am Sonntag doch viele grundsätzliche Entscheidungen zur Wahl: Wollen wir vorwärts oder rückwärts gehen? Schauen wir mit Zuversicht in die

Zukunft oder mit Angst? Wollen wir unseren Staat kaputt sparen oder investieren? Geht es auf dem europäischen und internationalen Parkett um bloße Kraftmeierei oder diplomatische Zusammenarbeit? Es geht um die grundsätzliche Frage, wie wir in Zukunft leben wollen! Miteinander oder gegeneinander? Doch anstatt die Chance zu nutzen und darüber zu reden, wie wir unsere Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze sichern, künftig unsere Miete oder die Kita zahlen können, wie wir unsere Rente, das Gesundheitssystem und bezahlbare Pflege sichern können, wird darüber gestritten, wer am härtesten gegen Migration durchgreift. Dabei brauchen wir Zuwanderung, wenn wir unser alltägliches Leben einigermaßen aufrechterhalten wollen. Ohne ausländische Fachkräfte würde hier in Deutschland – und gerade in Baden-Württemberg – nicht mehr viel funktionieren.

Diese Wahl wird richtungsweisend sein, nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern vor allem auch für Europa und unsere Position in der Welt. Wir wollen keine Handelskriege, die unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand bedrohen. Wir wollen offenen Austausch mit der Welt und keine Abschottung. Deswegen brauchen wir ein starkes, geeintes Europa – so sehr wie nie zuvor. Die Kräfte in der Welt haben sich verschoben. Unter Donald Trump haben die USA ein hoch riskantes Spiel begonnen. Sie spielen mit gefährlichen Diktatoren und gegen alle bisherigen Regeln. Olaf Scholz war in Paris und sucht mit unseren Nachbarn nach europäischen Lösungen gegen einen schmutzigen „Deal“ um die Ukraine. Hier wird ein souveränes Land beraubt und vom Opfer zum Täter gemacht. Der Kriegstreiber Putin wird belohnt und möglicherweise weitere imperialistische Übergriffe auf den Plan gerufen.

Trotzdem möchte ich uns allen Mut machen: Die Welt geht nicht unter, aber sie verändert sich. Wir können die riesigen Herausforderungen nicht kleinreden, aber wir können sie angehen. Das wird nicht einfach! Aber wenn es einfach wäre, bräuchten wir nicht die Sozialdemokratie.

Euer Andreas Stoch

Fraktionsklausur in Biberach



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Unsere Jahresauftaktklausur fand in diesem Jahr in Biberach statt. Im Mittelpunkt stand dabei die Wirtschaftspolitik des Landes, denn Baden-Württemberg ist bundesweit auf einem traurigen letzten Platz beim Wirtschaftswachstum. Wie sich das ändern lässt, haben wir in einem hochkarätig besetzten Panel mit Kai Burmeister, DGB-Vorsitzender Baden-Württemberg, Dr. Dietrich Birk, Geschäftsführer Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) Baden-Württemberg, André Oliveira-Lenz, Hauptgeschäftsführer Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI) Baden-Württemberg, und Daniela Schiermeier, Konzernbetriebsratsvorsitzende ABB, diskutiert. Grün-Schwarz befindet sich im Dornröschen-Schlaf und lässt sich zu viel Zeit. Zeit, die weder die Unternehmen noch die hart arbeitenden Menschen im Land haben. Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand stehen unter gewaltigem Druck. Um die Jahrhundertaufgabe der klimagerechten Modernisierung unserer Industrie zu bewältigen, braucht es einen landespolitischen Kraftakt. Industriepolitik muss endlich ganz oben auf die Agenda. Dabei liegt die größte Herausforderung in der Balance zwischen ökologischer Transformation und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit. Die Firmen kämpfen mit hohen Energie- und Netzkosten, schleppendem Infrastrukturausbau und einer Flut an Regulierungen, die sie im internationalen Wettbewerb schwächen. SPD-Wirtschaftsexperte Dr. Boris Weirauch sieht die Landesregierung in der Pflicht: „Weder beim Bürokratieabbau noch bei der Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen und erst recht nicht bei der Förderung von Investitionen macht Grün-Schwarz seine Hausaufgaben. Wir brauchen endlich eine industriepolitische Offensive!“ In einem waren sich alle Beteiligten des Panels einig: Die Bereitschaft, gemeinsam Lösungen zur Stärkung der Wirtschaft im Land zu finden, ist groß. Die funktionierende Sozialpartnerschaft hat Baden-Württemberg stark gemacht. Daher setzen wir auch künftig auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Außerordentlicher Bundesparteitag

Auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 11. Januar in Berlin haben wir beschlossen, gemeinsam mit unserem Kanzlerkandidaten geschlossen und kämpferisch in diesen Bundestagswahlkampf zu ziehen. In seiner Rede hat Olaf Scholz deutlich gemacht, dass es auf die mannigfaltigen Probleme und Herausforderungen in unserem Land keine einfachen Lösungen gibt. Gleichzeitig hat er aber auch gezeigt, dass er der Richtige ist, der unser Land durch diese schwierigen Zeiten führen kann. Als SPD haben wir mit unserem Wahlprogramm konkrete Ideen und Vorschläge, wie wir unser Land wieder erfolgreich machen. Wir setzen drei Schwerpunkte:

- **Wirtschaftswachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen**
- **Entlastung von Familien und Beschäftigten**
- **Sicherung der Rente für alle Generationen und Verbesserungen in der Pflege.**



Foto: SPD Baden-Württemberg | Fionn Gröfe

„Mehr für Dich. Besser für Deutschland“

Das ist unser Versprechen an alle Bürgerinnen und Bürger. Die Renten für alle Generationen werden wir stabil halten und Familien spürbar entlasten, zum Beispiel durch eine Senkung der Einkommenssteuer und der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel. Wir werden das Wachstum vorantreiben und Arbeitsplätze durch deutlich mehr Investitionen in unserem Land sichern. Den Mindestlohn werden wir auf 15 Euro erhöhen und die Pflegekosten bei 1000 Euro Eigenanteil deckeln. Für neues Wirtschaftswachstum brauchen wir massive Investitionen in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Dabei wollen wir als Sozialdemokraten die Garanten dafür sein, dass wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Änderung des Schulgesetzes

In der 114. Landtagssitzung am 29. Januar wurde in Zweiter Lesung die Änderung des Schulgesetzes diskutiert. Es ging um die Rückkehr zu G9, die Neuausgestaltung des Übergangs an weiterführende Schulen und den Ausbau der Sprachförderung.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD **Dr. Stefan Fulst-Blei** kritisierte, dass die Chance auf einen partiübergreifenden Konsens für eine zukunftsorientierte Schulstruktur nicht genutzt wurde. Die jetzt vorgelegte Schulreform sei völlig planlos, schaffe keine Klarheit und zerfleddere das System noch weiter. Jahrelang habe Grün-Schwarz die Rückkehr zu G9 blockiert, bis der Druck zu groß wurde und man sich bewegen musste. Aber jetzt werden die Hilferufe der Älteren ab Klasse 7 ignoriert. Gerade denen stecken noch Covid und Schulschließungen voll in den Knochen, aber sie bekämen keinerlei Entlastung. An den Seminaren zur Ausbildung gymnasialer Lehrkräfte mache sich aktuell große Unruhe breit. Über 38 Millionen Euro wurden an Personalkosten für Gymnasien gekürzt. Das führe dazu, dass viele Referendarinnen und Referendare, die zum Sommer fertig werden, nicht übernommen werden. „Wie fahrlässig ist das denn? Sie jammern über Fachkräftemangel und schmeißen gut ausgebildete Lehrkräfte faktisch raus. Das sind genau die Fachkräfte, die wir im Endausbau von G9 brauchen. Nehmen Sie die Kürzungen im Bildungsetat zurück! Geben Sie den älteren G8-Jahrgängen Vertiefungsstunden und stellen Sie hierfür die neu ausgebildeten Lehrkräfte ein, die wir in einigen Jahren dringend brauchen“, fordert Fulst-Blei. „Setzen Sie endlich einen neuen Prozess zur Neuaufstellung der G9-Studenten auf! Von Ihren groß angekündigten Innovationselementen und der Stärkung der Basisfächer ist nicht viel übrig geblieben.“ Es sei gut und überfällig, dass in Informatik und politische Bildung mehr investiert werde. Aber ansonsten wurden viele Expertenempfehlungen ignoriert. Auch vom versprochenen Wahlweg zum achtjährigen Gymnasium sei nichts übrig geblieben. „Wir vermissen darüber hinaus die konkrete Stärkung der alltagsintegrierten Sprachförderung. Dafür brauchen wir Fachkräfte. Es ist fahrlässig, dass Sie unsere gut durchdachten Konzepte für mehr Kita-Fachkräfte pauschal abblocken. Wir brauchen die Kinder in der Kita - deswegen fordern wir Verbindlichkeit und Gebührenfreiheit, um die Kindern zu fördern und die Eltern zu entlasten. Und stoppen Sie wenigstens das unsägliche Übergangsverfahren Kompass 4! Sie haben den bildungspolitischen Kompass verloren! Ihre Planlosigkeit geht auf Kosten der Kinder und das darf nicht sein!“

Aktive Wirtschafts- und Industriepolitik

In der 115. Sitzung des Landtags am 30. Januar thematisierte die SPD in einer Aktuellen Debatte die zwingende Notwendigkeit einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik im Land. (Auszug aus meiner Rede)

„Das Thema treibt die Menschen aktuell um, gerade auch was die Meldungen zum Abbau von Arbeitsplätzen angeht. Wir müssen uns Gedanken machen, gerade vor dem Hintergrund, dass ein neuer Präsident in den USA im Amt ist. Leichter wird Trump es unserem Land, das auf einen starken Export aufgebaut ist, nicht machen, prophezeit derzeit jeder Ökonom. Deswegen müssen wir wirtschaftspolitische Lösungen suchen, vor allem im europäischen Kontext. Auf Deutschland entfallen über 40 Prozent des gesamten europäischen Handelsüberschusses mit den USA. In Baden-Württemberg ist der Anteil doppelt so hoch wie im Bundesschnitt. Unsere Wirtschaft wird also buchstäblich in die Zange genommen, u.a. wegen der Absatzflaute bei E-Mobilen, der veränderten Rolle Chinas von der verlängerten Werkbank und als aufnehmender Markt hin zum Konkurrenten und auch wegen der USA, die mit harten Handelsbarrieren und Zöllen Märkte verschließen und europäische, deutsche und eben auch baden-württembergische Produkte verteuern. Das alles trifft uns hart neben all den bekannten Problemen, wie dem Fachkräftemangel und dem Verlust der Spitzenposition beim technischen Fortschritt. Deswegen kann und darf es nicht sein, dass wir nun mit Blick auf die USA in Angststarre verfallen. Wir müssen mit Selbstvertrauen das tun, was unser Land die letzten hundert Jahre stark gemacht hat: die Ärmel hochkrempeln und die richtigen politischen Entscheidungen treffen. Wir müssen Überregulierungen zurückschneiden, um die Wirtschaft wieder konkurrenzfähig zu machen. Wir brauchen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung und beim Netzausbau dürfen die Netzentgelte nicht in den Himmel wachsen. Im europäischen Beihilferecht müssen wir auch die Starken stärken dürfen, damit diese ihr Potential voll entfalten können. Es wird Aufgabe der neuen Bundesregierung sein, richtige Investitionsentscheidungen zu treffen. Dafür müssen wir die Investitionsbremse lösen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Fachkräfte die Herausforderungen der Zukunft bewältigen können. Wir brauchen Investitionen in Bildung und Weiterbildung. Investitionsentscheidungen von privatem Kapital müssen begünstigt werden. Wir sind für einen Made in Germany-Bonus und fordern eine Transformationsmilliarde. Baden-Württemberg hat viel zu verlieren, aber kann mit seinen Fähigkeiten in diesem Wettkampf durchaus auch viel gewinnen.“

Neujahrsempfang der SPD Heidenheim



Eine Woche vor der Bundestagswahl am 23. Februar lud der SPD-Kreisverband Heidenheim zum Neujahrsempfang ins Heidenheimer Konzerthaus ein. Nach kurzen Grußworten der Kreisvorsitzenden Tanja Weiße, unserer Bundestagskandidatin Cornelia True (Foto oben), unserer Bundestagsabgeordneten Leni Breymaier und meinerseits, führte Robin Mesarosch aus, was in einer Welt, die verrücktspielt, zu tun ist und wie man darin trotzdem gut leben kann - wenn gute Politik und zwar von der SPD gemacht wird. Für den Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen sitzt der 33-Jährige als einer der jüngsten SPD-Abgeordneten im Bundestag und arbeitet dort im Ausschuss für Digitales und im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Mit seiner interessanten Rede stimmte der Social Media-Profi auf die letzten heißen Tage des Wahlkampfes ein.

Ich wünsche Cornelia und Robin für Sonntag viele Stimmen. Beide haben einen tollen Wahlkampf für sich und unsere Partei geführt. Leni danke ich herzlich für Ihre ambitionierte und erfolgreiche Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis. Insbesondere ihr engagierter Einsatz für das Wohl und den Schutz von Frauen ist beispielhaft und hat viel bewegt.



Mehrbelastung durch Grundsteuer

Gemeinsam mit meiner Fraktion wende ich mich gegen das baden-württembergische Sondermodell bei der Erhebung der Grundsteuer und plädiere für ein wertabhängiges Modell wie vom Bund vorgeschlagen. Denn der Blick auf den aktuellen Steuerbescheid bedeutet für viele Menschen auch hier im Kreis Heidenheim eine böse Überraschung. Oft fällt der doppelte oder gar mehrfache Betrag an. Die grün-schwarze Landesregierung hat es sich 2020 mit ihrem Gesetz zur Landes-Grundsteuer zu einfach gemacht. Das kommt vielen Bürgerinnen und Bürgern hier und im ganzen Land teuer zu stehen. Der grün-schwarze Sonderweg orientiert sich ausschließlich am Grundstückswert. Dabei sollte es gerade hier in Baden-Württemberg auch eine Rolle spielen, ob auf einer gleich großen Grundstücksfläche eine Villa oder ein Einfamilienhaus steht oder ob es sich um eine Wohnbebauung oder einen größeren Vorgarten handelt. Mieten und Eigentümern drohen so zukünftig ungerechtfertigte und teilweise unzumutbare Mehrbelastungen. Die SPD spricht sich auch in Baden-Württemberg für ein wertabhängiges Modell aus, das Wert, Alter und Zustand eines Gebäudes in die Berechnung der Grundsteuer einbezieht.

Feuerwehr Gerstetten besucht Landtag

Eine dreißigköpfige Gruppe der Altersabteilung der Gerstetter Feuerwehr besuchte auf meine Einladung den Stuttgarter Landtag. Zum offiziellen Programm gehörte eine kurze Führung durch den Besucherdienst, das Verfolgen der ersten Landtagssitzung in diesem Jahr von der Zuschauertribüne aus und ein persönliches Gespräch mit mir als ihrem Wahlkreisabgeordneten. Mit einem Besuch im Daimler-Benz-Museum in Stuttgart und einem Abendessen im Gasthof Rössle in Steinenkirch rundete die Gruppe ihren Ausflug nach Stuttgart ab.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de